Newsletter – Nr. 2 vom 07.03.2016

Den Blick in die Zukunft richten

Liebe Freundinnen und Freunde der CSA,

die Flüchtlingskrise ist auch weiterhin ein zentrales Thema in der Bundespolitik. Mit dem Asylpaket II hat der Bundestag die Einigung der Koalitionsspitzen vom November nach parteiinternen Querelen beim Koalitionspartner endlich beschließen können. Die dringend benötigten Regeln zur Verfahrensbeschleunigung werden eine spürbare Entlastung unserer Kommunen bewirken. In dieser Situation dürfen wir keine neunen Migrationsanreize, wie etwa mehr Leistungen für Asylbewerber in der Gesundheitsversorgung setzen!

Gleichzeitig richten wir den Blick auch in die Zukunft: Wo steht die Oberpfalz im Jahr 2020 und darüber hinaus? Bei der Klausurtagung des Bezirksvorstands haben wir uns intensiv mit der Fortschreibung des bisherigen Programms Oberpfalz 2020 befasst, das wir schon an vielen Stellen erfolgreich umsetzen konnten. Dabei ging es um viele Themen von Gesundheit und Pflege bis Verkehr und Infrastruktur. Ich bin sicher, dass am Ende der Beratungen wieder ein überzeugendes Programm stehen wird!

Herzlichst
Euer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Landesvorsitzender der CSA

Asylpaket II beschlossen

Ende Februar hat der Bundestag das Asylpaket II nach einer durchaus hitzigen Debatte auf den Weg gebracht.

Ich freue mich, dass mit diesem Paket endlich wichtige Maßnahmen umgesetzt werden können, um den Flüchtlingsstrom spürbar zu reduzieren.

Eine besondere Rolle spielen dabei die beschleunigten Verfahren, die vor allem bei Personen aus sicheren Herkunftsstaaten angewendet werden sollen. Schon nach einer Woche soll die Behördenentscheidung über den Asylantrag getroffen werden. Nach höchstens weiteren zwei Wochen soll auch das Urteil einer etwaigen Klage vor den Gerichten vorliegen. Flankiert wird dieses beschleunigte Verfahren durch Residenzpflichten in speziellen Aufnahmeeinrichtungen. Bei Verstoß gegen diese Pflichten können Leistungen entzogen oder bei wiederholten Verstößen sogar die Abschiebung verfügt werden.

Bei Abschiebungen stellen wir klar, dass medizinische Gründe nur noch dann entgegenstehen, wenn sie genauestens nachvollziehbar sind und unverzüglich mitgeteilt werden. Damit schieben wir Verzögerungstaktiken und Vorratsbescheinigungen einen Riegel vor!

Um die Flüchtlingsströme besser zu bewältigen wird der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige für die nächsten zwei Jahre ausgesetzt.

Diese Neuregelungen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, dem aber weitere Maßnahmen, vor allem im europäischen Rahmen folgen müssen!

Klausurtagung des CSU-Bezirksvorstands Oberpfalz – Programm Oberpfalz 2020 plus

Reiner Meier MdB mit dem Bürgermeister von Waldsassen, Bernd Sommer und Bezirkstagsvizepräsident Lothar Höher (v.r.n.l.)

Auf der Klausurtagung der CSU Oberpfalz im Kloster Waldsassen ging es um die Fortschreibung des Programms Oberpfalz 2020 für die nächsten Jahre.

Für mich liegen dabei die Themen Arbeit und Soziales sowie die Gesundheitsversorgung im Zentrum meiner Arbeit. In den letzten Jahren konnten wir beispielsweise mit der Mütterrente und besseren Rahmenbedingungen für die Pflege wichtige Verbesserungen erreichen. Ebenso haben wir mit der Krankenhausreform, dem Präventions- und dem Versorgungsstärkungsgesetz wichtige Impulse für eine Verbesserung der flächendeckenden Versorgung erreicht.

In den nächsten Jahren werden wir uns verstärkt den Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung in der Patientenversorgung widmen. Mit dem eHealth-Gesetz gibt es nun eine sichere Grundlage für digitale Kommunikation. Mit der elektronischen Patientenakte ermöglichen wir eine noch engere und unbürokratischere Zusammenarbeit zwischen Hausärzten, Fachärzten und Krankenhäusern. Ebenso kann ein Medikationsplan wesentlich dazu beitragen, Nebenwirkungen und Unverträglichkeiten bei Medikamenten zu reduzieren.

Klar ist aber: Der PC ersetzt nicht den Arzt und das Krankenhaus vor Ort!

Rede Gesundheitsleistungen für Asylbewerber

Reiner Meier spricht im Bundestag zu Gesundheitsleistungen für Asylbewerber (26. Februar 2016)

Am selben Tag, an dem die Koalition das Asylpaket II verabschiedet hat, wurde im Bundestag auch der Antrag der Fraktion DIE LINKE beraten, nach dem alle Asylbewerber in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert werden sollen. Bislang erhalten Asylbewerber nur jene medizinischen Leistungen, die nicht aufgeschoben werden können.

Ich meine, solange noch nicht einmal klar ist, ob jemand bei uns bleiben kann oder nicht, ist es gerechtfertigt, nicht den vollen Katalog an Gesundheitsleistungen zu gewähren. Das ergäbe auch fachlich oft keinen Sinn, wenn man bedenkt, dass es spezielle Programme für chronisch Kranke gibt, die über Monate behandelt werden müssen. Hier nützt eine kurzfristige Behandlung nur wenig!

Wichtig ist es auch, bei der Diskussion die Steuer- und Beitragszahler zu sehen, die für die Behandlungskosten aufkommen. Eine Gleichstellung von Anfang gegenüber jenen, die zur Finanzierung und Stabilität unserer Sozialsysteme langfristig beitragen nicht gerecht und auch nicht zu vermitteln. Zudem würde eine Gesundheitsversorgung im Rahmen der GKV einen völligen Fehlanreiz dazu setzen, das Asylverfahren zu verschleppen und jede Kooperation mit den Behörden einzustellen.

Das Wohngeld wurde zum Januar erhöht. Verschenken Sie kein Geld!

Wohngeldreform

Viele Mitbürger sind wegen steigender Mieten gerade in den Ballungszentren auf das Wohngeld als Unterstützung für ihren Lebensunterhalt angewiesen. Dabei kann das Wohngeld sowohl als Mietzuschuss an Mieter oder als Lastenzuschuss für selbstgenutztes Wohneigentum gewährt werden. Das betrifft besonders häufig Rentner aber auch Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte.

Deshalb hat der Gesetzgeber mit Wirkung zum 1. Januar das Wohngeld um durchschnittlich 39 Prozent erhöht. Ein Zwei-Personen-Haushalt kann somit im Schnitt statt mit 113 Euro künftig mit 186 Euro Wohngeld pro Monat rechnen. Gleichzeitig wurden die Miethöchstbeträge regional angepasst, so dass auch die höheren Mieten in den Großstädten dem Bezug von Wohngeld nicht mehr entgegenstehen.

Dadurch erhalten nun deutlich mehr Menschen Zugang zu Wohngeld als bisher und können von dieser Leistung profitieren. Es gilt: Wer schon bisher Wohngeld erhalten hat, wird in der Regel automatisch umgestellt. Alle anderen erhalten die Leistungen nur auf Antrag. Nähere Auskünfte erteilt gerne das zuständige Landratsamt oder die zuständige kreisfreie Stadt.

Es gibt bei Vorliegen der Voraussetzungen einen gesetzlichen Anspruch auf Wohngeld!
Deshalb rate ich jedem Berechtigten: Nehmen Sie diese Leistung in Anspruch und verschenken Sie kein Geld!

Mein Dank gilt dem Bezirksvorsitzenden der komba, Wolfgang Unterholzner, für die wertvollen Anregungen und Hinweise zu diesem Thema.

Gemeinsame Sitzung CSA Oberpfalz und Seniorenunion Oberpfalz

Reiner Meier mit dem SEN-Bezirksvorsitzenden, Rudi Kraus PStS a.D., der stellvertretenden CSA-Bezirksvorsitzenden Renate Blochberger und Georg Stahl MdL a.D. (v.r.n.l.)

„Welche Reformen braucht das Rentensystem?“ Das war nur eine der zahlreichen Fragen, die am vergangenen Samstag auf der gemeinsamen Bezirksvorstandssitzung der oberpfälzischen CSA und der Senioren-Union in Weiden.

Gemeinsam mit dem Bezirksvorsitzenden der Senioren-Union, Rudolf Kraus, PStS a.D. hatte ich eingeladen, um das immer wichtigere Thema Altersarmut anzugehen.

Wir haben heute mehr Rentner als je zuvor, die kaum noch von ihrer Rente leben können. Das muss sich wieder ändern. Ein Instrument hierzu ist für mich die betriebliche Altersvorsorge, die aber wieder attraktiver werden muss. Wir können nicht erwarten, dass Arbeitnehmer Vorsorge betreiben, wenn sie sich nicht lohnt. Eine attraktive Förderung gibt es aber nicht zum Nulltarif! Gemeinsam mit der Seniorenunion haben wir deshalb auf Bezirksebene eine enge Kooperation vereinbart, um das Thema Altersarmut auf die politische Agenda zu setzen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für mich nach wie vor die flächendeckende Gesundheitsversorgung. Mit dem Krankenhausstrukturgesetz, aber auch mit dem Versorgungsstärkungsgesetz haben wir in dieser Wahlperiode schon einige wichtige Schritte zur Unterstützung der ländlichen Regionen getan.

Flankierend zu den Maßnahmen des Bundesgesetzgebers fördert aber auch der Freistaat Bayern gezielt den Aufbau medizinischer Versorgungsstrukturen auf dem Land. Dabei geht es nicht nur um Zuschüsse für neue Arztniederlassungen, sondern auch um Rat und Tat für Gemeinden, die gute Rahmenbedingungen für Niederlassungen schaffen wollen.

Hierzu hat das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ein Kommunalbüro für ärztliche Versorgung eingerichtet. Dieses Büro dient als Ansprechpartner und Kompetenzzentrum für Kommunen, die Handlungsoptionen entwickeln wollen, um ihre ärztliche Versorgung zu verbessern.

Gut besucht - Neben den Vorstandsmitgliedern von CSA und SEN fanden auch viele Interessierte den Weg in die Stube des Schützenhauses Weiden

Ein guter und richtiger Weg, wie ich finde!

Kontaktdaten des Kommunalbüros für ärztliche Versorgung
Gunnar Geuter (Leiter des Kommunalbüros)
Natascha Raible
Telefon: 09131 6808-2914
Telefax: 09131 6808-2905
E-Mail: Kommunalbuero-Gesundheit@lgl.bayern.de

Impressum - Verantwortlicher im Sinne des Presserechts

Reiner Meier MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-78955
Fax: 030 227-76956
reiner.meier@bundestag.de

Bürgerbüro Reiner Meier MdB
Schmellerstraße 20
95643 Tirschenreuth
Telefon: 09631 7987436
Fax: 09631 7998089
reiner.meier.wk@bundestag.de

www.reiner-meier.de